

Tolerante Schweiz

Diskussionen um die vermeintliche Intoleranz der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber ausländischen Mitbürgern brechen immer wieder auf. Wahrgenommene kulturelle und ökonomische Bedrohungen vermögen das zu erklären. Soziale Kontakte können hier Abhilfe schaffen, aber auch nicht immer. Von Markus Freitag

In einer europaweiten Bevölkerungsbefragung wurde die Schweiz vor 15 Jahren von über 75 Prozent als eine multikulturelle Gesellschaft angepriesen, die verschiedenen Kulturen ein einvernehmliches Miteinander garantiert. In der gleichen Meinungserhebung vertraten 71 Prozent der Befragten aber zugleich die Ansicht, in der Schweiz seien Ausländer nicht sonderlich erwünscht. Skeptische, bisweilen intolerante Einstellungen gegenüber dem Fremden und dessen Integrationsfähigkeit und Willigkeit sind in der Schweiz wahrlich nicht neu und betrafen «Tschingge» in den 1960er und 1970er Jahren, wie sie heute vornehmlich «Jugos» und «Schwobe» betreffen, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten. Der rasante Aufstieg einer nationalkonservativen Partei, die mit Parolen der politischen Schliessung und des Einwanderungsstopps hantiert, sowie jüngste Volksentscheide zuungunsten ausländischer Minderheiten scheinen das Problem der Intoleranz gegenüber dem Fremden allerdings nachhaltiger zu lancieren.

Bewusste Duldung des Falschen

Tolerant ist zunächst, wer bestimmte Personen oder Gruppen und ihre Handlungen, Meinungen oder Einstellungen zwar ablehnt, diesen aber dennoch ausgewählte Rechte zubilligt. Das Wesen der Toleranz liegt somit in der bewussten Duldung des Falschen, ist als Ergebnis aus Ablehnung und Akzeptanz zu verstehen. Veröffentlichte Meinun-

gen, die nur eine der beiden Komponenten offenbaren, greifen dann aber vielfach zu kurz. Erstmals und jüngst für die Eidgenossenschaft erhobene Daten verraten, dass rund 30 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer Ausländer und Zuwanderer als die Gruppe identifizieren, die das öffentliche Leben am ehesten stört. 25 Prozent dieser Befragten können ferner als intolerant bezeichnet werden, da sie auf Nachfrage den Immigranten ausserdem keine politischen und sozialen Teilhaberechte zugestehen möchten. Mit anderen Worten: Nahezu 75 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind tolerant gegenüber ausländischen Mitbürgern und könnten sich diese durchaus als Lehrer, Nachbarn oder mit einem politischen Amt ausgestattet vorstellen.

Diese Zahlen variieren freilich entlang der Kulturräume. Während ungefähr 45 Prozent der Deutschschweizer Ausländer als störende Mitbürgerinnen und Mitbürger empfinden, tun dies nur etwa knapp 20 Prozent in der lateinischen Schweiz. In der Tendenz gestehen die den Ausländern gegenüber kritischen Tessiner und Romands den Zuwanderern auch eher Rechte zu, als dies die Deutschschweizer tun.

Verglichen mit dem übrigen Europa zeigt sich die Schweiz freilich weitaus toleranter als gemeinhin angenommen. Die bisher einzigen einigermaßen vergleichbaren Daten stammen aus besagter Bevölkerungsumfrage des Jahres 1997 und decken auf, dass nur die Luxemburger, die Irländer und die Portugiesen seltener Menschen als störend empfanden, die bezüglich ihrer ethnisch-religiösen Ab-

stammung, Nationalität und Kultur verschieden sind. In Österreich, Frankreich oder Deutschland bekannten sich hierzu zwischen 40 und 45 Prozent, in Belgien und Dänemark teilten gar über 60 Prozent mit, dass sie Fremden gegenüber skeptisch seien. Ein ähnliches Bild vermittelt hier auch die Gewährung verschiedener sozialer oder politischer Rechte an Immigranten. Will man den sozialwissenschaftlichen und sozialpsychologischen Erkenntnissen Glauben schenken, erwachsen Vorurteile gegenüber fremden Gruppen insbesondere aus wahrgenommenen Bedrohungslagen. Diese können wirtschaftlich oder kulturell motiviert sein und den Verlust des Arbeitsplatzes ebenso wie die bemerkte Aushöhlung heimischer Werte, Sitten und Gebräuche betreffen. Auch Schweizerinnen und Schweizer, die wegen der Zuwanderung in Sorge um ihren Arbeitsplatz oder die helvetische Kultur sind, empfinden Ausländer wahrscheinlicher als störende Gruppe und tun sich auch schwerer, diese als Lehrer, Nachbarn oder als Träger eines politischen Amtes anzuerkennen.

Kontakte schaffen Abhilfe

Soziale Kontakte mit Fremden können hier aber Abhilfe schaffen, sofern sie regelmässig und von gewisser Dauer sind. Der Austausch mit Ausländern führt zu einem Lernen über deren Einstellungen und Werte, zur Reflexion der eigenen Positionen, mitunter zu einem Perspektivenwechsel und im Ergebnis zum Abbau von Vorbehalten. Inter-

santerweise zeigt sich dieses Muster in der Schweiz nicht durchgängig. Ob soziale Kontakte zu Einwanderern den Effekt der kulturellen und auch ökonomischen Bedrohung auf die Intoleranz abschwächen können, hängt vom Ort der sozialen Begegnung ab: Während Begegnungen mit Ausländern im Freundeskreis und unter Nachbarn Vorbehalte eher reduzieren, finden sich bei den Vereinen derartige Effekte vor allem bei den Sport- und Kulturvereinen.

Rücksichtnahme am Arbeitsplatz

Pikant ist die Situation indes am Arbeitsplatz: Hier schwächen soziale Kontakte die Wirkung ökonomischer Bedrohung auf die Intoleranz gegenüber Fremden ab. Die Daten zeigen aber auch, dass vermehrte Begegnungen mit Ausländern die Schweizerinnen und Schweizer intoleranter werden lassen, weil unterschiedliche Kulturen im Arbeitsprozess deutlicher zum Vorschein kommen und die Gefährdung hauseigener Bräuche, Sitten und Werte offenbar wird. Vor diesem Hintergrund sind Nachbarschaftsfeste, die Förderung bestimmter Vereine und vor allem eine gegenseitige Rücksichtnahme im Erwerbsleben hilfreich. Denn denkt daran: Es wurden Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen. Aber, Gerufene, bedenkt, dass ihr nicht nur Arbeitskräfte seid.

Markus Freitag ist Professor für politische Soziologie an der Universität Bern.